

Anzeiger für das Havelland.

Erscheint jeden Abend 4 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2 M., durch die Post 2,25 M.

Spandauer Anzeiger.

Inserate die Zeile 20 Pf. für Spandauer Inserenten 15 Pf. Kellamen pro Zeile 40 Pf. Beilagen 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Th. Gütlich in Spandau.

Redaktion und Expedition: Potsdamer Str. 48. Fernsprecher: Spandau Nr. 52, Hopf.

Verlag und Druck der Hopf'schen Verlagsbuchdruckerei in Spandau.

Nr. 288.

Spandau, Sonntag, den 8. Dezember 1907.

49. Jahrgang.

Aus dem Havellande.

Spandau, den 7. Dezember 1907.

Ein Adressbuch deutscher Städte-Verwaltungen. Es ist nicht die schlechteste Art, das Adressbuch einer Stadt, die man besucht, als Führer zu benutzen; man lernt daraus, vor- ausgeföhrt, daß es gut angelegt ist, mehr, als einem mancher Eingewiesene zu sagen vermag und als die üblichen Städteführer bieten. Ursprünglich hat das Adressbuch wohl ausschließlich den Zweck einer einzelnen Stadt, die wirtschaftlich mit ihr verbundenen Orte eingerechnet, gedient. Aber schon seit längerem sind Adressbücher bekannt, die über diesen engeren Kreis hinausgehen, mögen sie nun wie etwa das Adressbuch des deutschen Buchhandels einen Berufsweig in seiner ganzen Verbreitung im Deutschen Reiche umfassen oder wie das Reichs- adressbuch oder das Reichstelephonsbuch weitem als rein beruf- lichen Zwecken dienen. In diesen beiden letzten sind die deutschen Städte nur als Wirtschaftszentren, in denen irgendwelche Erwerbs- zweige ansäßig sind, zusammengestellt; über die Verwaltung dieser Städte, über die Stadt als selbständige Wirtschaftseinheit befragen sie nichts. Diese von uns empfundene Lücke aus- zufüllen, ist das von Albert Henz herausgegebene Adressbuch der Städte-Verwaltungen Deutschlands (Berliner Union Verlags- gesellschaft m. b. H., 15.-) bestimmt, dessen Jahrgang 1907 hier in einigen Hauptzügen besprochen werden soll.

Auf 810 Seiten wird für die deutschen Städte und die mehr als 4000 Einwohner zählenden Gemeinden je nach der Aus- führung, in der sie geantwortet haben, ein Uebersicht über die Einrichtung ihrer Verwaltung gegeben. Wie dieses Bild etwa aussieht, sei an dem Beispiel von Spandau gezeigt. Unser Stadt hat nach 1905, bei der letzten Volkszählung, 70301 Einwohner gehabt. Es folgen dann Mitteilungen über die Amtszeiten und das Gehalt des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters; von den übrigen rechtskundigen Magistratsmitgliedern sagt das Adressbuch nichts, hier mußte mindestens ihre Zahl angegeben werden. Von der Stadtverordneten-Versammlung werden die Namen des Vorsitzenden und seines Stellvertreters genannt, er- wünscht wäre die Zahl der Stadtverordneten; ausführlich werden dann die Beamten des Bauamts aufgezählt. Weiter erfahren wir das Nötige über das städtische Schulwesen, über Krankenhäuser, Kirchen- und Armenverwaltung. In hundert- weise werden dann die Leiter der Polizeiverwaltung, der technischen Werke, als Gas-, Wasser- und Kanalisationswerk, Elektrizitätsanstalt, und des Schlachthaus aufgeführt. Wir erfahren, daß die Stadt für die Straßenbeleuchtung Gas, elektrisches und Petroleum verwendet, daß das Pflaster der von der Stadt selbst gereinigten und unterhaltenen Straßen aus Reihensplaster und Zementbeton (Wafabam) besteht, daß wir eine freiwillige Feuerwehr, mit Schulen verbundene Turnhallen und zwei Freibadanstalten besitzen. Bei der städtischen Sparkasse wäre der Einlagenstand erwünscht, der ja kein Geheimnis ist und in diesem Werk sich gut mit den Zahlen anderer Städte vergleichen ließe. Zum Schluß wird uns mitgeteilt, daß die Stadt den Bau einer Gemeindefabrik, wohl der inzwischen vollendeten zweiten, sowie einer Gasanlage und einer Havelbrücke plant. Der Steuerfuß beträgt, wie bekannt, 155 Prozent; dem Barvermögen von 395 925 M. stehen 8 512 215 M. Schulden gegenüber. Dies ist etwa das Schema, nach dem auch die anderen Städte auf Grund des eingegangenen amtlichen Materials behandelt worden sind.

So schätzenswert nun ein solches Werk ist, und so sehr man die Schwierigkeiten anerkennen muß, die die Beschaffung der Unter- lagen wie ihre Verarbeitung bietet, so darf doch nicht ver- schwiegen werden, daß das Buch auch einige Mängel zeigt, die bei spätem Auflagen — die vorliegende ist die zweite — behoben werden müssen. Sie lassen sich zum Teil schon an dem er- sten, was oben über die Behandlung von Spandau gesagt worden ist. Der Umfang der Stadtverwaltung sollte dadurch gekennzeichnet sein, daß man die leicht zu er- haltende Zahl der Magistratsmitglieder und der Stadtverordneten Bürgervorsteher in Hannover, Gemeindebevollmächtigten in Bayern usw.) angibt. Wenn man weiter bei den Kranken- häusern außer den städtischen auch die Garnisonlazarette auf- führt, die der Zivilbevölkerung höchstens als Unfallstationen zu- gänglich sind, so darf man bei den Badeanstalten die des Militärs nicht vergessen, sie werden überall auch von Zivilisten viel benutzt.

Ein größerer Fehler, als diese kleinen Mängel, liegt in der einfachen Aufzählung des Steuerfußes, ohne daß die außer- ordentlich großen Verschiedenheiten der Staatssteuern, auf die sich diese Steuerfüße beziehen, auch nur angedeutet werden. Selbstverständlich kann ein solches Adressbuch kein Hand- buch der praktischen Steuerlehre sein, aber in der Einleitung müßte zum mindesten gesagt werden, daß man die Sätze nur für Orte desselben Bundesstaats vergleichen darf. Wenn hier z. B. für Spandau 155 Prozent und für Würzburg 130 Prozent genannt sind, ohne irgendwelchen Zusatz, so könnte ein Leser sehr wohl darauf kommen, die Würz- burger es ihres niedrigeren Steuerfußes zu preisen, während doch

Preußen eine allgemeine Einkommensteuer besitzt, die in Bayern erst angestrebt wird, so daß auch die Zuschläge ganz verschiedene Dinge treffen. Auch die einfache Gegenüberstellung des Bar- vermögens und der Schulden kann leicht irreführen; Städte wie Spandau mit einem großen Grundbesitz, von dem doch wenigstens noch ein Teil verpachtet werden wird, kommen dadurch in ein schlechtes Licht.

Rein technisch wäre an dem Buche noch folgendes zu be- mangeln. Einmal muß man unbedingt bei einem Nachschlage- werk Seitentitel, wie etwa im Fernsprechverzeichnis der Reichs- post, anbringen, so daß das Auge nicht erst jede einzelne Seite überfliegen muß, wenn man einen Ort sucht. Sodann ist das Verzeichnis der Städte mit ihren Einwohnerzahlen, S. 796 ff., nicht vollständig. Es geht nicht an, eine Stadt, die den Frage- bogen nicht beantwortet hat, dadurch zu bestrafen, daß man sie in diesem Verzeichnis, das doch kein Register sein soll, wegläßt.

Ist so auch manches zu tadeln an dem noch verhältnismäßig jungen Unternehmen, so soll doch nicht verkant werden, daß es als Ganzes eine tüchtige Leistung darstellt; wir wollen wünschen, daß die Verwaltungen des Wert auch weiter unterstützen, damit sein Herausgeber die Verbesserungen einführen kann, die nach dem Dargelegten noch notwendig sind.

Dr. G. S.

Die 5. Gemeindefschule an der Förderstraße enthält jetzt, nachdem der Erweiterungsbau in Benutzung genommen worden ist, 30 Klassen, die einem Rektor unterstellt sind. Das Schulsystem entspricht in seiner Ausdehnung aber nicht den An- forderungen der Aufsichtsbehörde. Die königliche Regierung hat dem Magistrat zu erkennen gegeben, daß fortan ein Schul- leiter nicht eine so große Zahl von Klassen unter seiner Verwaltung haben dürfe. Die neu erbaute 2. Gemeindefschule hat 24 Klassen und untersteht auch einem Rektor. Die Aufsichtsbehörde hat sich jedoch mit Bezug hierauf dahin geäußert, daß auch diese Zahl schon zu groß sei für einen Schulleiter, und daß künftighin die Genehmigung dazu nicht mehr erteilt werden würde. Bei der 5. Gemeindefschule kommt nun der die Arbeit des Rektors er- schwerende Umstand hinzu, daß es eine Lehranstalt für Knaben und Mädchen ist. Lediglich ist schon heute mit Sicher- heit darauf zu rechnen, daß diese Schule zum nächsten Sommer- semester wieder an Raumangel leiden wird. Sämtliche 20 Klassen sind jetzt besetzt; bei den Neuaufnahmen zum Apriltermin wird es nicht zu umgehen sein, daß Kinder aus der Wilhelm- stadt nach der 10. Gemeindefschule in der Seeburger Straße überwiesen werden, wo bis auf weiteres noch leere Klassen- räume befinden. Indes zieht der Magistrat schon jetzt den Bau einer neuen selbständigen Gemeindefschule vor dem Potsdamer Tor in Erwägung.

Die städtische Gasdeputation hat dieser Tage Kohlen-Hebwerke in Gasanstalten und andern industriellen Anlagen der nähen Umgebung in Augenschein genommen, weil, wie bekannt, geplant ist, die Ausladung der Kohlen für die Spandauer Gasanstalt künftighin nicht mehr durch Menschenkraft bewirken zu lassen. Die in der Charlotten- burger Gasanstalt angewendete Ausladeneinrichtung wurde dabei für sehr praktisch befunden, und man gedenkt für unsere Gasanstalt eine ähnliche Anlage in Voranschlag zu bringen.

In der gestrigen Monatsversammlung des Liberalen Vereins, die in der Havelstraße stattfand, gab das Thema Mittelstand und Liberalismus Anlaß zu einer recht lebhaften Aussprache. In dem einleitenden Vortrag wurde recht- geföhrt, daß der Mittelstand kein historischer gewordenen Stand ist, wie es der Bauernstand, Adel, Geistlichkeit im Mittelalter war. In den Städten gab es keine besondere Standesunterschiede; der Bürgerstand war unter sich stark vermischt, den Geschlechtern und Gilden standen gewöhnlich die Zünfte der in diesen korporierten Handverstande feindlich gegenüber. Im Mittelalter mit seiner mangelhaften Rechtspflege war der Zusammenschluß zu Ständen eine Notwendigkeit, da der einzelne nichts galt und seinen Schutz und sein Recht nur als Mitglied eines Standes oder einer Korporation finden konnte. In unserm Rechtsstaat, wo gleiches Recht für alle gilt, oder wenigstens nach der Verfassung gelten soll, hat die Zugehörigkeit zu einem Stande keine Bedeutung mehr. Der moderne Staat kennt keine Stände, keine Standesvorrechte. Das Wort „Mittelstand“ ist ganz modernen Datums, wahrscheinlich stammt es aus einer Berliner Post, in der ein heraus- gelommener Prag alle nachsag, wenn es sich um eine größere Kurzarbeit handelte, erklärt: „Wenn wir's nicht können, der Mittelstand kann's nicht.“ Und dieses Scherwort ist heute zu einem politischen Begriff ausgewandert. Freilich, eine einwand- freie Erklärung des Begriffs Mittelstand gibt es nicht. Professor Dr. Suchland in Halle a. S. versteht unter Mittelstand die Ges- samtheit aller selbständigen Existenzen mit einem mittlerem Einkommen von 600 bis 900 M., also Existenzen, die in ihrem Einkommen nicht vom Willen eines einzelnen abhängig sind. Nach Professor Dr. Suchland gehören also zum Mittelstand, das gesamte Einkommen vorausgesetzt, alle Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte; von den Verwaltungsbeamten nur solche, denen nicht vom Brotherrn ohne weiteres gekündigt werden kann. Da- neben kennt Professor Dr. Suchland, wie im Laufe der Besprechung ausgeführt wurde, noch einen gewerblichen Mittelstand, den er folgendermaßen umgrenzt: „Der gewerbliche Mittelstand besteht aus der Gesamtheit aller wirtschaftlichen Einzelheiten, deren jede durch die Verbindung eines an sich zum Lebens- unterhalt nicht ausreichenden Kapitals mit einer fach- männisch ausgebildeten Arbeitskraft entstanden ist und ihrem physischen Träger neben erwünschter Selbstständigkeit des Handels ein um den Unternehmensgewinn höheres Einkommen ermöglicht, als es die Summe aus seinen Kapitalzinsen und der ord- nungsgemäßen Entlohnung einer entsprechenden gewerblichen Hilfs- kraft darstellt.“ Einen Mittelstand mit gleichen Ideen und mit gleichen Interessen gibt es, daß geht aus diesen Begriffs- bestimmungen des Hallenser Professors klar hervor. Die Mittelstandsbewegung lag bei dem Handwerker an und begann in der Zeit, wo die Großindustrie, als es ihr Mitte

der 70er Jahre infolge Ueberspekulation und Uebersproduktion schlecht ging, nach Schutzgößen rief. Da brauchte man Bundesgenossen und erklärte, daß der Mittelstand lila, daß das Handwerk zugrunde gehe. „Dem Handwerk muß geholfen werden,“ riefen die Leute, die als Fabrikanten dem Handwerk Konkurrenz machten, die es aus manchen Zweigen verdrängten, die aber für sich vom Reiche etwas haben wollten. Der Vortragende ging nun auf die Maß- nahmen ein, die getroffen oder vorgeschlagen wurden, um dem Handwerk zu helfen. Befähigungsnachweis usw., und wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich der sachgemäßen Ab- grenzung der einzelnen Handwerke entgegenstellten. Der Liberalismus, der Träger des Fortschritts, der Entwicklung der Freiheit und der Entfaltung der freien Persönlichkeit, könne niemals für Maßnahmen eintreten, durch die die Freiheit der Menschen auch in wirtschaftlicher Beziehung beschränkt würde, wohl aber vertrat er sich mit dem Wesen des Liberalismus, Auswüchse und Mißbräuche der Freiheit, wie z. B. den unfaulern Wettbewerb, zu bekämpfen. Weiter hob der Vortragende die Bedeutung der Fachschulen, Gesellen- und Meisterkurse für das Handwerk und die Schädigungen hervor, die den Handwerkern und dem Mittelstand gerade durch ihre vermeintlichen Freunde, Konservative, Agrarier und Zentrum, durch die verkehrte Steuern- und Wirtschaftspolitik zugefügt werden. — In den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Debatte. Es kam darin zum Ausdruck, daß auch der Liberalismus Mittelstandspolitik treiben müsse, aber nur da, wo es notwendig sei, und nur so weit, als dadurch die Lage der betreffenden Klassen wirklich gebessert und ihre Leistungen und Konkurrenzfähigkeit gehoben werde, wobei man aber nicht das Allgemeinwohl außer acht lassen dürfe. Wirkliche Hilfe könnten dem Mittelstand nur die Mittel bringen, die ihn durch Erhöhung seiner kaufmännischen, technischen und gewerblichen Bildung, durch seine Ausrüstung mit den Erzeugnissen der Technik und durch Förderung des Genossenschaftswesens für den Konkurrenzkampf befähigen. — Die nächste Monatsversammlung findet am Freitag, den 10. Januar, in der „Havelterrasse“ statt. Zur Besprechung wird die preussische Wahlrechtsfrage kommen.

Wie wir hören, hat die Kaiserin ihr kaiserliches Inter- esse an der seitens des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins, Nöschstraße 1a, unterhaltenen Kruppe de- durch aufs neue zum Ausdruck gebracht, daß sie den Verein ge- legentlich des am 10. und 11. Dezember, nachmittags von 4 Uhr ab, in den oberen Räumen des Schützenhauses stattfindenden Wohltätigkeitsfestes die Kopie eines großen Gemäldes von Alben- bach, den Strand von Jachia darstellend, überweisen. Das Ge- mälde soll vorerst zur befördern Verlosung gelangen. Wir wollen nicht unterlassen, an dieser Stelle wiederholt auf die Ver- anstaltung des Wohltätigkeitsfestes hinzuweisen. Es verdient in Anbetracht des guten Zweckes das weitestgehende Interesse und die tatkräftigste Unterstützung der hiesigen Einwohnerschaft; möge der Ertrag des Unternehmens dem Verein reichliche Mittel zur Fortsetzung seiner Wohltätigkeitsbestrebungen an die Hand geben.

Was wird geschrieben: Die näherkommende Weihnachts- zeit erweckt von vielen Seiten, aus fern und nah, mancherlei Wünsche und Vitten. Darf auch auf die vielen Kinder, Knaben und Mädchen, hingewiesen werden, die im „Sonnenhof Kaiser Wilhelm II.“ und im Säuglingsheim Kaiserin Auguste Victoria tagaus tagein Aufnahme und Pflege finden? Die Leitung des Heims, die zur Erhaltung alljährlich viele Tausende Mark aufbringen muß, kann grundsätzlich nicht daran denken, die hilfsbedürftigen Kinder etwa ganz einzulassen wie es andere Wohltätigkeitsanstalten in Spandau seit langen Jahren in reichem Segen tun. Aber auch im „Sonnenhof“ soll doch den dort weilenden Kindern eine kleine, wenn auch noch so bescheidene Gabe ein Zeugnis von der Liebe sein, die sich einst aufmachte, um Menschen zu heilen und zu segnen. So bietet man recht herzlich, für das schöne Fest unter dem Tannen- baum auch des „Sonnenhofs“ nicht zu vergessen. Vertragene Sachen, die den Bedürftigsten zugewiesen werden sollten, sind herzlich erwünscht und werden gern von den freundlichen Spendern abgeholt werden. Auch Spielzeug würde gern ge- sehen sein. Zur Empfangnahme ist bereit Edelweiss Marie Köhnisch, Neudorfer Straße 60, oder auch Pfarrer Spengler, Schönwalder Straße 24, II.

Am Sonntag, den 22. Dezember, findet im Ortsbestell- bezirk vor- und nachmittags Paletbestellung hat. Die Palet- schalter beim Hauptpostamt und beim Zweigpostamt in der Schönwalder Straße sind außer in den für die Sonntag vor- geschriebenen Schaltstunden (8 bis 9 Uhr vormittags und von 12 bis 1 Uhr nachmittags) auch von 5 bis 7 Uhr nach- mittags geöffnet. Am ersten Weihnachtsfeiertag, vormittags, werden im Ortsbestellbezirk sowohl Palette wie Geldsendungen abgetragen.

Die Entschädigung der bei dem Ruhlebener Straßenbahnunglück Verletzten harret noch immer der Erledigung. Monatlang wurde mit den einzelnen Verletzten verhandelt, den berechtigten Ansprüchen der Beteiligten ist aber die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft nicht nachgegeben und nur mit Mühe und Not waren einige, in Anbetracht der hohen Kosten, die manche der Verletzten für ihre Kur bisher schon gehabt haben und noch aufzubringen müssen, geringe Vorschüsse zu er- langen. Auch in solchen Fällen, in denen eine dauernde schwere gesundheitliche Schädigung durch ärztliches Zeugnis festgestellt ist, weigert sich die für die Folgen des bedauernswerten Vor- falls haftende Gesellschaft bis zur endgültigen Festlegung der Ent- schädigungsansprüche, ausreichende Vorschüsse zu gewähren. Wer bei ihr deswegen vorstellig wird, wird auf den klagenweg verwiesen. Daß sonderbare Verhalten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesell- schaft den Unfallverletzten gegenüber wird demnach in einem gegen sie anhängig gemachten Prozeß in das rechte Licht gestellt werden.

Die Christbaumhändler haben begonnen, ihre Ver- kaufslage einzurichten; an verschiedenen Stellen der Stadt fällt der Blick jetzt auf einen kleinen Tannenwald, der sich indes in- folge des zu erwartenden Abfayes bald lichten dürfte.

Der Handwerker-Verein veranstaltet am Montag, den 8. d. Mts., in Savades Kassetalen, Schönwalder Diese Nummer ist 20 Seiten stark.